



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Engagementstrategie des Landes wird auf den Weg gebracht

Sachsen-Anhalts Landesregierung hat heute den Abschlussbericht für eine mit der Zivilgesellschaft, Stiftungen, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden erarbeitete Engagementstrategie verabschiedet. Mit der Engagementstrategie möchte die Landesregierung dem bürgerschaftlichen Engagement im Land neue Impulse geben, die Rahmenbedingungen verbessern und noch mehr Menschen zur aktiven Mitarbeit begeistern.

In Sachsen-Anhalt engagiert sich jede/r dritte Bürger/in ehrenamtlich. Die Engagementfelder sind so vielfältig wie die Menschen in Sachsen-Anhalt. Ob im Elternrat, in der freiwilligen Feuerwehr, in der Flüchtlingshilfe, im Sport- und Heimatverein oder bei der Nachbarschaftshilfe z.B. in der Quarantäne. Engagement ist in allen Teilen unserer Gesellschaft eine unverzichtbare Stütze, die den Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Wohnumfeld stärkt.

Ministerin Petra Grimm-Benne betont: „Dieses wertvolle Engagement verdient Anerkennung und Würdigung – sorgt es doch dafür, dass Menschen unmittelbar teilhaben und mitwirken. Die Engagementstrategie soll den Weg ebnen, damit sich noch mehr Menschen einbringen können. Denn: ein Drittel der Bevölkerung ist bereit, sich stärker als bislang zu engagieren. Dieses Potential wollen wir erschließen.“

Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat mit Beschluss vom 26.09.2019 die Landesregierung mit der Erarbeitung einer Engagementstrategie für das Land Sachsen-Anhalt beauftragt, die eine Bestandsaufnahme bestehender Förderungen sowie Empfehlungen für die zukünftige Engagementförderung des Landes enthalten sollte. Ministerin Grimm-Benne betonte bereits während der Landtagsdebatte: „Eine solche Strategie entsteht nicht allein am Ministeriumsschreibtisch – wir brauchen einen Schulterschluss mit den vielen Engagierten aus Kommunen, Vereinen, Verbänden, Initiativen, Kirchen und Gewerkschaften.“

Auch wenn die Beteiligungsformen aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie angepasst werden mussten, konnte in allen Fachressorts der Landesregierung der Dialog mit Engagierten geführt werden, um ihre Impulse aufzunehmen. Zu den Gesprächspartnern gehörten neben den kommunalen Spitzenverbänden und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege im Land Sachsen-Anhalt e.V. auch engagierte Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure, die ehrenamtliches Engagement in ihren Handlungsfeldern bündeln, wie z. B. die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt e.V., Sportverbände, Umwelt- und Naturschutzverbände sowie Feuerwehren. Zusätzlich zu diesen Ressortveranstaltungen wurde ein Hackathon mit Jugendlichen sowie ein Dialog mit den im Netzwerk „Engagierte Stadt“ verbundenen Städten in Sachsen-Anhalt durchgeführt.

Im Beteiligungsprozess konnten folgende Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet werden:

- Bürgerschaftliches Engagement verdient mehr Anerkennung und Wertschätzung, z.B.:

- Etablierung einer landesweiten Engagementkarte
 - Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf, Engagement und Familie
 - engagementfreundliche Freistellungsregelungen und Fortbildungsmöglichkeiten
 - Veranstalten eines landesweites Aktionstages zur Sichtbarmachung der vielfältigen Möglichkeiten, sich zu engagieren.
- Ehrenamt braucht Hauptamt, z.B.:
 - Stärkung von Strukturen zur Engagementförderung sowie deren dauerhafte auskömmliche Finanzierung
 - Etablierung fester AnsprechpartnerInnen in Institutionen
- Entbürokratisierung und Vereinfachung der Projektförderung, z.B.:
 - niedrigschwellige Förderung kleiner Initiativen mittels eines Engagementfonds
- Ausbau der digitalen Ausstattung in den Vereinen, Initiativen etc. sowie digitale Informations- und Vernetzungsplattformen
 - Inklusive Engagementförderung, die hilft, Hürden abzubauen, um bisher zu wenig erreichte Gruppen wie Arbeitslose, Ältere, Menschen mit Behinderung oder MigrantInnen für Engagement zu begeistern, z.B.:
 - - Unterstützung durch Assistenz und Sprachmittlung

Diese Ergebnisse des breiten Dialogprozesses sollen in der kommenden Legislaturperiode konkretisiert und mit entsprechenden Maßnahmen und Umsetzungsschritten unterlegt werden.

Tel: (0391) 567-6666

Fax: (0391) 567-6667

Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de